



Seehofer belegt: Zum neuen Schuljahr wird's nicht besser

Nur die BayernSPD hat ein Konzept für ein zukunftsfähiges Bildungswesen in Bayern: die Gemeinschaftsschule

„Ministerpräsident Seehofers Rede zur Bildungspolitik anlässlich der Einführung der neuen Mittelschule ist eine einzige Enttäuschung für Bayerns Schulen“, stellt der Vorsitzende des Bildungsausschusses im Landtag, unser SPD-Bildungsexperte Hans-Ulrich Pfaffmann, fest.

Seehofers Botschaft von gestern lautete: Die Schwarzen und die Gelben machen weiter wie bisher. Der laut Seehofer angesagte bayerische Weg, die individuelle Förderung, ist eine CSU/FDP-Nullnummer.

Ohne kleinere Klassen, ohne zusätzliche Lehrer und Lehrerinnen, ohne einen schnellen Ausbau der Ganztagschulen, ohne den bedarfsgerechten Einsatz Schulsozialarbeit und Schulpsychologie und ohne eine Entlastung der Eltern von den Schulkosten wird es keine individuelle Förderung und somit keine Bildungsgerechtigkeit geben. Dazu sagte Seehofer kein einziges Wort.

Pfaffmann schätzt ein: „Die neue Mittelschule wird keinen Erfolg haben. Sie ist nichts anderes als 'alter Wein in neuen Schläuchen'. Die Kosten werden auf die Kommunen verlagert, der Schulbustourismus wird gefördert, kleinere Schulstandorte werden mangels ausreichender Finanzierung schließen müssen, ein vernünftiges pädagogisches Konzept fehlt komplett.“

Außerdem, so Pfaffmann, zeigt die CSU/FDP erneut auf, dass sie sich einer modernen europäischen Schulentwicklung völlig verschließen will. „Die Absage an die Entwicklung neuer Schulkonzepte wie zum Beispiel die Gemeinschaftsschule in Ganztagsform zeigt auf, dass die CSU allein aus parteitaktischen Gründen Bildungspolitik macht – und die FDP macht entgegen ihren Wahlversprechungen mit.“

Die BayernSPD ist vorbereitet auf die Zukunft, auf ein moderneres und gerechteres Schulsystem.

Wir wollen, dass alle Schülerinnen und Schüler freien Zugang zu bester Bildung haben – unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern.

Wir wollen ein gerechtes und zukunftsfähiges Bildungswesen, das sich den Realitäten einer modernen, demokratischen Gesellschaft anpasst und in dem die Kinder mit ihren individuellen Fähigkeiten im Mittelpunkt stehen.

Wir werden für einen Paradigmenwechsel in der Bildungspolitik sorgen, in der sich die Unterrichtsform den Schülern anpasst und die sich am Lernfortschritt des Einzelnen orientiert. Wir wollen weg von der gleichschrittigen Lehre, in der alle Schülerinnen und Schüler zum gleichen Zeitpunkt das gleiche Pensum erreichen müssen. Anstatt unterschiedlicher Schularten brauchen wir individuelle Lernangebote. Nur so können wir der bestehenden und ungerechten frühen Selektion unserer Kinder ein Ende bereiten. **Die Zukunft der schulischen Bildung liegt in der Gemeinschaftsschule.** Sie beinhaltet gemeinsames Lernen von der ersten bis zur zehnten Klasse – in jahrgangs- und klassenübergreifenden Lerngruppen. Eine zusätzliche dreijährige Oberstufe führt weiterhin zur Hochschulreife.

Mit dem Konzept der Gemeinschaftsschule erhalten wir die wohnortnahe Schule und bieten ein Gegenkonzept zum trügerischen Mittelschulkonzept der Staatsregierung. Die Staatsregierung trägt die Verantwortung für das Schulsterben im ländlichen Raum. Sie schiebt den Kommunen den schwarzen Peter zu, indem sie ihnen die Entscheidung darüber auferlegt, welche Schule erhalten bleibt und welche geschlossen wird. Auf diese Weise versucht sie, sich aus ihrer Verantwortung für das Schulsterben im ländlichen Raum zu stehlen.

Wir bieten ein reales, unmittelbar umsetzbares Schulkonzept, das sich in das bestehende System einfügt. Andere Länder haben es erfolgreich vorgemacht: in Schleswig-Holstein und Berlin hat sich die Gemeinschaftsschule bereits bewährt.

Kernbotschaften der BayernSPD:

Kostenfreiheit: Wir sorgen für kostenfreie Bildung. Alle Menschen in Bayern sollen freien Zugang zu Bildung haben.

Inklusion: Wir sorgen für eine inklusive Bildung und werden die Forderungen der UN-Menschenrechtskonvention umsetzen. Alle Menschen werden darin entsprechend ihrer unterschiedlichen Fähigkeiten einbezogen.

Neues Lehren und neues Lernen: Lehren und Lernen orientiert sich an der individuellen Entwicklung und Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler.

Gemeinschaftsschule: Wir erhalten wohnortnahe Schulen durch eine Gemeinschaftsschule, die jahrgangs- und klassenübergreifend in heterogenen Lerngruppen jeden einzelnen Schüler individuell fördert. Kein Schüler und keine Schülerin verlässt die Schule ohne Abschluss.

Lebenslanges Lernen: Wir sorgen für ein ganzheitliches Bildungswesen, in dem lebenslanges Lernen Wirklichkeit wird. Alle Menschen sollen zu jedem Zeitpunkt die Möglichkeit zu Bildung und Weiterbildung erhalten – unabhängig vom Alter.

Frühkindliche Bildung: Wir sorgen für eine frühkindliche Bildung, um allen Kindern unabhängig vom Geldbeutel der Eltern bestmögliche Entwicklungs-, Bildungs- und Lebenschancen für alle Kinder zu eröffnen. Dazu gehört neben einer konsequenten Sprachförderung die individuelle Förderung der Kinder von Anfang an.

Der Beschluss der BayernSPD auf dem Kleinen Parteitag im Mai 2010 in Bayreuth:

*Keiner darf verloren gehen! - Gleiche Bildungschancen für alle
Wohin wir wollen – schulische und berufliche Bildung in Bayern*

<http://bayernspd.de/workspace/uploads/standards/10-05-08-Beschluss-Leitantrag.pdf>

Gemeinschaftsschule – „geht doch nicht!“ – DOCH – geht!

Die SPD-Landtagsfraktion macht ernst mit der Entwicklung eines Alternativmodells zur bayerischen Mittelschule. Dem SPD-Bildungspolitiker Martin Güll ist es gelungen, den in Deutschland derzeit renommiertesten Schulentwickler, Dr. Ernst Rösner, an Bord zu holen. Ernst Rösner hat als wissenschaftlicher Mitarbeiter des Schulentwicklungsinstituts an der Dortmunder TU vor wenigen Jahren die in Schleswig-Holstein sehr erfolgreichen Gemeinschaftsschulen entwickelt. Ebenso zeichnet er für das erste Gemeinschaftsschulmodell in Ascheberg in Nordrhein-Westfalen verantwortlich. Ernst Rösner soll den Projektverlauf erläutern.

Das Referenzmodell wird in den beiden oberbayerischen Gemeinden Denkendorf und Kipfenberg im Landkreis Eichstätt entwickelt. Bürgermeister Jürgen Hauke (Denkendorf) und Rainer Richter (Kipfenberg) informieren über die Rolle der Kommunen. Projektträger wird neben den Gemeinden und der SPD-Landtagsfraktion der neu gegründete Förderverein „Bildung am Limes“ sein. Dessen erster Vorsitzender Alfons Weber kümmert sich um die Abwicklung und Finanzierung.

Alle kommen zu einer Pressekonferenz am kommenden Montag, 20. September 2010 in den Landtag, wo die SPD dieses vorbildliche Projekt für regionale Gemeinschaftsschule vorstellen wird.

Die schwarz-gelbe Mängelliste: Was an Bayerns Schulen fehlt

Doppelter Abiturjahrgang, Mittelschule, zu wenig individuelle Förderung und Unterricht in übervollen Klassen – auch dieses Schuljahr beginnt im Zeichen der rückwärtsgewandten Bildungspolitik von schwarz-gelb.

LehrerInnenmangel

Im Schuljahr 2010/11 werden erneut zu wenig neue LehrerInnen eingestellt. 3789 LehrerInnen verlassen die Schulen in den Ruhestand und in Altersteilzeit, nur 2720 neue Lehrkräfte werden eingestellt. Aber diese rechnerisch 1060 LehrerInnen, die fehlen, sind nur die Spitze des Eisberges.

Eigentlich fehlen viel mehr Stellen: Kombiklassen in Grundschulen werden als jahrgangsübergreifende Schulklassen eingerichtet, um Stellen einzusparen. ReferendarInnen ersetzen häufig richtige LehrerInnenstellen, 1,5 Millionen Unterrichtsstunden fallen gar ersatzlos aus.

Nur gut ein Viertel aller AbsolventInnen des Grundschullehramtes erhalten ein Angebot, obwohl gerade in der Grundschule mehr LehrerInnen gebraucht werden, um Kinder mit unterschiedlichsten Voraussetzungen individuell zu fördern.

Schulklassen sind überfüllt und lassen keinen Platz für individuelle Förderung. Der Anteil der Schulklassen mit über 30 SchülerInnen ist an Gymnasien im Schuljahr 2009/2010 auf 28,1 Prozent (2008/2009: 17,5 Prozent) und an Realschulen auf 32,7 Prozent (2008/2009: 28,1 Prozent) gestiegen.

Soll die Schule nicht nur Lern- sondern auch Lebensort sein, müssen genug Lehrkräfte da sein, um sich um die SchülerInnen angemessen zu kümmern. Es müssen neue Stellen geschaffen werden, um den individuellen Bedürfnissen der Kinder gerecht zu werden, beispielsweise, wenn es um die Förderung und Integration von Kindern mit Migrationshintergrund geht. Gleichzeitig kann der Ausbau von Ganztagschulen nicht sinnvoll voran gehen, wenn keine Kapazitäten dafür vorhanden sind.

Wir brauchen:

- Mehr LehrerInnen, damit Schule funktionieren kann.
- Kleinere Klassen, damit SchülerInnen individuell gefördert werden.

Alte und angeblich neue Schulformen

Nicht nur was das Personal anbelangt, muss Bayern aufwachen. In anderen Ländern der EU wird das mehrgliedrige Schulsystem abgeschafft – bei uns wird es verstärkt. Kinder dürfen nicht im 10. Lebensjahr in verschiedene Schularten sortiert werden. Damit nimmt man vielen bereits in diesem Alter Zukunftschancen. Der Hauptschulabschluss reicht nämlich in vielen Fällen nicht mehr aus, um den Ausbildungsplatz zu bekommen, den man will.

Obwohl die Hauptschule nicht mehr attraktiv ist und die SchülerInnenzahlen dort seit Jahren sinken, hält die CSU daran fest. Mit ihrem Konzept der Mittelschule führt sie einen neuen Namen für ein veraltetes Produkt ein – die Mittelschule ist nichts anderes als ein Etikettenschwindel. Die Mittelschule ist, grob gesagt, eine Hauptschule, die in der fünften Klasse eine Intensivierungsstunde mehr bietet. Darüber hinaus soll sie SchülerInnen vertieft in Sozialem, Wirtschaft oder Technik schulen – was jetzt eigentlich auch schon geschieht und höchstens zu einer vierten Schulart führt.

Die Hauptschulen aber, die keine Mittelschulen werden können, werden weiter abgewertet – Schüler werden, häufig aufgrund der regionalen Schulstruktur, dann in vier Kategorien sortiert: Gymnasium, Realschule, Mittelschule und Hauptschule. Gleichzeitig zahlt die Regierung für die neuen Strukturen keinen Cent – die Kommunen müssen die Umstellung finanzieren. Mittelschulen und Schulverbünde lösen damit langfristig das Problem des Hauptschulsterbens.

Wir brauchen:

- Eine umfassende Schulreform hin zu Gemeinschaftsschulen, damit nicht stur nach Schultypen sortiert wird sondern SchülerInnen mit all ihren Begabungen wahr genommen werden.
- Fächerübergreifende Lernkonzepte, die den einzelnen SchülerInnen angepasst sind.
- Mehr Ganztagschulen, die Kindern die Zeit geben, die sie brauchen.

Wer reich ist, wird klug

Bildung wird privatisiert. Wer sich gute Schulen leisten kann, Nachhilfe und besseres Lernmaterial, ist im Vorteil. Das darf nicht sein: Wir fordern, dass alle Lern- und Lehrmittel inklusive Kopierkosten und Kosten für verpflichtende Schulveranstaltungen staatlich finanziert werden. Es darf nicht sein, dass einkommensschwächeren Familien weniger Bildungschancen haben, der Geldbeutel der Eltern darf nicht über die Zukunft der Kinder entscheiden.

Gleiche Möglichkeiten zur Bildung beginnen aber schon vor der Schule: Auch Kindertageseinrichtungen müssen ausgebaut werden: Der Spracherwerb der deutschen Sprache muss in allen Kindertageseinrichtungen gefördert werden.

Wir brauchen:

- Kostenlosen Zugang zu Bildung von Anfang an –
Bildungsfinanzierung ist Aufgabe des Staates.

Und sonst?

69 000 AbiturientInnen werden dieses Jahr die Möglichkeit haben, zu studieren, weil der doppelte Abiturjahrgang des acht- und neunstufigen Gymnasiums fertig wird. Die bayerische Regierung will aber nur 38 000 zusätzliche Studienplätze schaffen – und die kompensieren nicht einmal die bereits jetzt bestehende Überlastung an den Unis.

Dem Problem des doppelten Abiturjahrgangs hat die bayerische Bildungspolitik kaum etwas entgegen zu setzen. Die Regierung ist nicht auf darauf vorbereitet, die nötigen Kapazitäten an den Universitäten zu schaffen. Die CSU/FDP-Koalition will fast 500 Planstellen an die Universitäten abgeben – das ist aber nur eine Verschiebung des Problems. Universitäten müssen endlich ausfinanziert, die nötigen Räume geschaffen werden, um das Doppelte an AbiturientInnen beherbergen zu können. Die G8-SchülerInnen müssen entlastet werden, damit sie neben dem Lernen wieder Zeit zum Leben haben.

Gleichzeitig wird der Bereich Berufliche Bildung seit Jahren stiefmütterlich behandelt. Die Berufsschulen leiden unter massivem LehrerInnenmangel. Während allerorten über Fachkräftemangel geklagt wird, bemüht sich die Staatsregierung nicht, tatsächlich etwas dagegen zu unternehmen.

Wir brauchen:

- Kein ständiges Nachbessern sondern vernünftige Lern- und Lehrbedingungen im G8.
- Vor allem: Entlastungen für die SchülerInnen des G8, die sonst kaum mehr Zeit für außerschulische Aktivitäten haben.
- Genügend Studienplätze und ausfinanzierte Universitäten für den doppelten Abiturjahrgang 2011.
- Mehr Aufmerksamkeit, Personal und Mittel für die Berufsschulen.

Impressum

BayernSPD Infodienst
SPD Landesverband Bayern
Redaktion: Maria Deingruber, Rainer Glaab

V.i.S.d.P.:

Rainer Glaab
Referent für Öffentlichkeitsarbeit
rainer.glaab@spd.de
Oberanger 38/II, 80331 München
Tel. 089/231711-28
Fax 089/231711-38
www.bayernspd.de